Preis 10 ₰

Hamburger Echo

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Erscheint täglich einmal, außer an 2. Feiertagen. **Bezugspreis,** im voraus zahlbar: Monatlich **2,50 ℳ** (einschl. **56 ₰** Zustellungsgebühr), wöchentlich **60 ₰** (einschl. **13 ₰** Zustellungsgebühr). Für Abholer wöchentlich **55 ₰**. Durch die Post zu gleichen Bezugspreisen zuzüglich Bestellgeld. Redaktion: Fehlandstr. 11, I. Fernspr.: Sammel-Nr. C 5 Stephan 1701, Nachtruf C 5 Stephan 2321 und 3503. Verantw. Redakteur: **J. Richter, Altona.** - Buchhandlung: Kaiser-Wilhelm-Straße 14/16, Fernspr. C 5 Stephan 5339. Druckereikontor: Fehlandstr. 11, I. Fernspr.: Sammel-Nr. C 5 Stephan 1831. Nachtruf C 5 Stephan 3032 und 3683.

Anzeigenpreise verstehen sich in Reichsmark, die 13gespaltene Nonpareillezeile **45 ₰**. **Private Familienanzeigen 30 ₰. Stellenangebote 35 ₰. Stellengesuche 25 ₰. Kleine Anzeigen** bis 9 Zeilen die Zeile **30 ₰**, 10 bis 15 Zeilen die Zeile **35 ₰**. **Reklamezeile 3,50 ℳ**. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. **Anzeigenannahme** Fehlandstraße 11, Hochpart., Fernsprecher: Sammelnummer C 5 Stephan 1831, Nachtruf C 5 Stephan 2461 **(bis 6 Uhr abends)** in den Filialen und in allen anerkannten Anzeigen-Annahmestellen. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich.

Nummer 243 | **Freitag, 4. September 1931** | **57. Jahrgang**

Nazirückkehr in den Reichstag

Hitlers neueste Schwenkung / Bannstrahl gegen Franzen

SPD. München, 4. September.

Die in Braunschweig gegen Dr. Franzen getroffene Entscheidung wurde auf ausdrücklichen Befehl der Nazi-Reichsleitung gefällt. Hitler begründet nun im Völkischen Beobachter seine Anordnung, unter allen Umständen einen Nazi-Minister in Braunschweig zu stellen, mit folgenden Auslassungen:

„Ich bin nicht gewillt, aus persönlichen Erwägungen einzelner eine Machtposition in dem Augenblick aufzugeben, in dem durch die jüngste Notverordnung den Regierungen der Länder unter Berufung auf den Artikel 48 eine geradezu diktatorische, von den gesetzgebenden Körperschaften vollkommen unabhängige Stellung und Machtfülle gegeben wurde. In diesem Augenblick sich selbst ausschalten, würde die Beteiligung an einer Neuwahl in Zukunft als überflüssig erscheinen lassen. Nicht nur amtierende Parteigenossen haben Pflichten, sondern ihre Wähler besitzen auch Rechte. Die Millionen Menschen in der nationalsozialistischen Bewegung, die durch ihren Wahlsieg das Vertrauen ausdrücken, tun dies nicht, um in der schlimmsten Stunde ihr Schicksal ausschließlich fremden Parteien ausgeliefert zu sehen."

Diese Erklärung Hitlers ist grundsätzlicher Natur, sie enthält zugleich mit der Verurteilung Franzens die grundsätzliche Verurteilung der Politik der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, die den Reichstag verlassen hatte. Die Amtsniederlegung Franzens in Braunschweig entspricht durchaus dem Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstag. Die Erklärung Hitlers zeigt, daß er diese Politik nicht fortsetzen will. Man wird also bei dem kommenden Zusammentritt des Reichstages die Nationalsozialisten wieder in den Reichstag einwandern sehen. Seit ihrem Auszug haben sie manche Niederlage erlebt. Man darf gespannt sein, wie sie sich diesmal benehmen werden und ob sie einheitlich auftreten werden.

Franzen rächt sich!

Braunschweigischer Ministerabbau durch Notverordnung

Minister Franzen hat sich an den Postenjägern seiner früheren Partei bitter gerächt. Er hat heute einer Notverordnung des braunschweigischen Staatsministeriums zugestimmt, nach der in Zukunft der Freistaat Braunschweig nur durch einen Minister regiert werden kann. Der Landtag ist allerdings berechtigt, einen zweiten Minister zu wählen. Die Nationalsozialisten haben aber durch diese Notverordnung nicht mehr die Möglichkeit, einen Druck auf die Deutschnationalen auszuüben. Minister Franzen hat gleichzeitig sein Amt als geschäftsführender Minister niedergelegt. Seine letzte Tat bedeutet einen Schlag gegen seine eigene Partei.

Der Studienrat Rust aus Hannover, der so sehr nach dem Ministersessel jammert, wird also kaum Gelegenheit haben, sich hineinzusetzen. Zwar hat der aus der Nazipartei ausgetretene Abgeordnete Groh jetzt die Erklärung abgegeben, er werde bei der Ministerwahl am 15. September trotz seiner Gegnerschaft gegen einen zweiten Naziminister für die Wahl des Nazikandidaten eintreten, um — wie er angibt — durch die tatsächliche Entwicklung die Richtigkeit seiner Auffassung bestätigen zu lassen; aber noch ist eine Mehrheit für den Nazikandidaten nicht vorhanden. Auch wenn die Deutschnationalen für ihn stimmen sollten, werden erst 20 von 40 Stimmen aufgebracht, da der Jungdomann Schrader erklärt hat, er werde sich gegen die Wahl eines nationalsozialistischen Ministers wenden.

Heldenpapa Rust an der Front

„Unter dem Donner der Geschütze" / Der Sprung aus dem Fenster

Heldenvater Rust

Als Nachfolger Franzens in Braunschweig hat Hitler den Gauführer von Hannover Rust in Aussicht genommen. Herr Rust ist ein echter nationaler Held, dessen Bild festgehalten zu werden verdient. Bei der letzten Reichstagswahl trat Rust plötzlich als Spitzenkandidat der Nazis in Hannover auf. Sein Bild prankte an allen Plakatsäulen. Das war Veranlassung dafür, daß die Redaktion des Volkswille in Hannover geradezu gestürmt wurde von früheren Kriegsteilnehmern, die mit Rust im Felde waren und ihre Erlebnisse erzählten.

Rust zog als Leutnant des 10. Ersatz-Battaillons, 38. gemischte Brigade, 4. Kompanie, in den Krieg. Er hat dort viel „Unglück" gehabt. Eines Tages sollte er eine Offizierspatrouille führen. Schon in der Nacht kam er ohne seine Leute zurück. Er war offenbar der Ueberzeugung, daß die Patrouille ohne seine Führung mehr erreichen könne, als mit ihm.

Der Kompanieführer Crasemann war über diese Feigheit so erregt, daß er vor Zeugen dem Rust ins Gesicht sagte: „Ich werde sie vor ein Kriegsgericht stellen."

Ganz toll wurde die Sache, als die Patrouille ohne ihren Führer zurückkam und mitteilen mußte, daß sie von dem Leutnant Rust gegen einen Bayrischen Truppenteil anstatt gegen den Kriegsgegner geführt worden sei!

Am 9. September 1914 fand in Champinol-Wald ein Gefecht statt. Rust lag mit dem 2. Zug der Kompanie in Reserve. Er hatte Befehl zur Verstärkung einzuschwärmen. Das Gefecht war sehr hart. Der Kompanieführer Crasemann wurde schwer verwundet und mußte zurückgebracht werden.

Der famose Zugführer Rust hatte aber sorgfältigerweise die Verbindung mit der kämpfenden Truppe verloren.

Auf die Verstärkung wartete die kämpfende Truppe vergebens. Der tapfere Leutnant hatte aber nicht mit dem Feldwebel gerechnet, der schließlich Rust hinter einem Baumstamm liegend in guter Deckung fand. Rust mußte die Führung der Kompanie übernehmen. Er machte seine Sache so gut, daß die Truppe von der eigenen Artillerie beschossen wurde. Da verlor der famose Kriegsheld ganz und gar sein bißchen Fassung und gab den ganz und gar unmöglichen Befehl: „Zurück, marsch, marsch". Dadurch hätte die Truppe dem Gegner ein ganz hervorragendes Ziel gegeben, sicher wäre die übergroße Mehrheit durch diesen geradezu blödsinnigen Befehl gefallen.

Der Feldwebel mußte eingreifen, kurz entschlossen entzog er seinem Vorgesetzten, dem Leutnant Bernhard Rust, den Befehl und verkündete mit energischer Stimme: „Die Kompanie hört jetzt nur noch auf mein Kommando."

Ende September 1914 kam die Truppe, zu der Rust gehörte, in die Nähe des Dorfes Hendecourt am Berge Le Mont. Rust sollte wieder einmal eine Patrouille führen. Er sollte links um einen Wald herumgehen, ein Unteroffizier rechts. Vor dem Wäldchen war der Treffpunkt der beiden Patrouillen ausgemacht. Wer dort nicht ankam, war Held Rust. Nach langem Warten entschloß sich der Unteroffizier, dem Leutnant entgegenzugehen. Plötzlich ertönte es: „Halt, wer da?" und die Mündungen der Gewehre der Rustschen Patrouille waren auf den Unteroffizier gerichtet.

Es hätte nicht viel gefehlt und dieser vorbildliche Kriegsheld hätte wieder seinen eigenen Kameraden erschossen.

Rust gab dann dem Unteroffizier den Befehl, auf seinem Stand auszuhalten, um den Rückzug des Leutnants Rust zu decken. Das war noch eine besondere Heldentat dieses Mannes, über die er einen schwülstigen Bericht schrieb. Der Erfolg war für Rust der gewünschte. Nach einigen Tagen klebte auf seiner Heldenbrust das Eiserne Kreuz. Seinem damals dreijährigen Sohn schrieb Rust aber:

„Heute, unter dem Donner der Geschütze, das Eiserne Kreuz erhalten. Dein Heldenvater."

Bald darauf wurde Rust als Kompanieführer abgelöst. Er wurde Bataillonsadjutant. Als er sich in der Schreibstube des Feldwebels Müller aufhielt, nahmen die Franzosen das Dorf etwas unter Feuer. Rusts Nase funktionierte wieder ausgezeichnet. Er wußte in der Nähe einen bombensicheren Unterstand, den das Wachkommando gebaut hatte.

Wie ein wildgewordener Terrier stürzte er zum Schreibstubenfenster hinaus,

berechnete aber dabei nicht, welch langes Laster er war. Er sprang zwar nicht mit seinem edelsten Körperteil, aber immerhin mit dem Kopf gerade gegen den Fensterhaken und verletzte sich. Man mußte ihn in die nächste Verbandstelle schaffen. Der Kompanie wurde gemeldet, daß ihr Heldenpapa einen Kopfschuß bekommen habe. Erst am Abend klärte unser Feldwebel Müller den Charakter der Verletzung auf. Wir hatten alle schon Angst gehabt, daß Rust wirklich etwas vom Feind gesehen habe.

In ganz Hannover nennt man seit jener Zeit Rust nur noch den „Heldenpapa". Als der Volkswille im September 1930 diese Kriegsepisode aus dem Heldenleben des Obernazis mit noch vielen andern veröffentlichte, forderte er offen Rust auf, wegen übler Nachrede Klage zu stellen. Diese Aufforderung wurde des öfteren wiederholt. Wer nicht klagte, war Rust. Die SA.-Leute aber forderten Aufklärung und so mußte eine Versammlung anberaumt werden, in der Rust einige Zeugen aus dem Felde aufmarschieren ließ. Der Hauptzeuge war ausgerechnet sein früherer Bursche, der heute Hausmeister im Braunen Palazzo der hannoverschen Nazis ist. Den drei oder vier Zeugen, die Rust stellen ließ, konnte der Volkswille aber mindestens 50 gegenüberstellen. Aus nah und fern, selbst aus Schlesien, meldeten sich ohne Aufforderung Kriegsteilnehmer, die unter Rusts Führung im Felde standen, und boten sich als Zeugen an. Rust hat ganz genau gewußt, weshalb er nicht klagte.

Herr Hitler hat den Braunschweigern einen ganzen Helden als Minister zugedacht!

Zum Lehrer nicht mehr geeignet

Rust war Lehrer in Hannover. Er reichte sein Pensionsgesuch ein mit der treffenden und von niemandem bezweifelten Begründung, daß ihn

seine geistige Konstellation nicht mehr zum Lehrer geeignet erscheinen lasse.

In Hannover weiß man, daß diese Begründung absolut ehrlich gegeben war. Das Schulamt hat ihn daraufhin auch ohne weiteres pensioniert.

Förmlicher Verzicht auf Zollunion

Abgelöst durch „Pläne von allgemeinerem Charakter"

Genf, 3. September.

Dei vierte Tagung des Studienausschusses für die Europaunion begann; ihr wohnen Vertreter auch Rußlands und der Türkei und Beobachter Japans bei. In öffentlicher Sitzung gab der

österreichische Außenminister Schober

eine Erklärung über die Zollunion ab, in der er keine vertragliche Bestimmung erwähnte, und zwar weder den Vertrag von St. Germain noch das Genfer Protokoll von 1922. Schober erklärte unter Betonung der Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung, daß die beiden Regierungen beschlossen hätten, den

Zollunionsplan nicht weiter zu verfolgen,

insbesondere da dem Europäischen Ausschuß bereits Pläne allgemeiner europäischer Zollunionen und Markterweiterungen vorlägen.

Dr. Schober machte dann den Vorschlag, einen Unterausschuß der Europakommission einzusetzen, in dem die wesentlichen Elemente europäischer Zollunion ausgearbeitet werden sollen. Ferner betonte Schober in seiner Rede, er habe mit Genugtuung feststellen können, daß die vorbereitenden Arbeiten des europäischen Studienkomitees die Ueberzeugung gebracht haben, daß der Gedanke der Zollunion geeignet sei, der gegenwärtigen europäischen Wirtschaftskrise abzuhelfen und daß ferner bei der Behandlung des deutsch-österreichischen Zollunionsplans die beteiligten Regierungen stets vom Gesichtspunkt des

allgemeinen europäischen Interesses

ausgingen. Die deutsche und die österreichische Regierung könnten daher mit Vertrauen die Weiterverfolgung dieser Pläne in die Hand der Europakommission zurücklegen.

Oesterreich könne deshalb in voller Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung erklären, daß es unter den veränderten wirtschaftlichen Umständen die Zollunion mit Deutschland nicht weiter verfolgen werde.

Die Erklärung Schobers wurde mit allgemeiner Spannung angehört. Unter gleicher Spannung verlas

Außenminister Dr. Curtius

seine Erklärung. Er begrüßt, daß in bestimmtem Ausmaß für die notleidenden Agrarstaaten Vorzugszölle gewährt werden können, aber unter Aufrechterhaltung des Systems der Meistbegünstigung. Den Bericht des Komitees der wirtschaftlichen Sachverständigen werde jeder Kenner des Elends der europäischen Wirtschaftszerstückelung mit größter Befriedigung lesen. Empfehlungen des Wirtschaftsausschusses berühren sich eng mit den Gedanken, aus denen vor einigen Monaten der

Plan der deutschen und der österreichischen Regierung

entstanden sei. Er wolle einige Bemerkungen dazu machen, die unabhängig seien von den in den nächsten Tagen zu erwartenden Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag, das sich auf die wirtschaftliche Seite der Angelegenheit beziehe. Die Absicht der deutschen und österreichischen Regierung sei von vornherein dahin gegangen, daß dieser Plan der Ausgangspunkt für weitergehende Wirtschaftsverträge sein sollte, an denen eine möglichst große Anzahl europäischer Mächte teilzunehmen hätten. Seitdem hätten sich die Ereignisse überstürzt, so daß sich die ursprüngliche Sachlage völlig verändert habe. Man stehe jetzt hier in der europäischen Studienkommission vor

Plänen von allgemeinerem Charakter.

In Erwartung eines fruchtbaren Ergebnisses der Arbeiten der europäischen Studienkommission hat die deutsche Regierung im Einvernehmen mit der österreichischen nicht die Absicht, das ursprünglich ins Auge gefaßte Projekt weiterzuverfolgen. Zum Bericht des Kreditausschusses befürwortete Curtius zum Schluß aufs wärmste die Schaffung der internationalen Industriekreditbank nach dem Francquiplan und schloß mit einem sehr optimistischen Appell an die Völker, sich nicht durch die Schwierigkeiten entmutigen zu lassen.

Nach Schober und Curtius sprach der

französische Finanzminister Flandin

Im Namen seiner Regierung nehme er mit Befriedigung Kenntnis von den Erklärungen über die Zollunion, die so glücklich formuliert worden seien. Er hoffe, daß die Unruhe, die durch den Plan verbreitet worden sei, sich nun zerstreuen werde, und er versichere von neuem, daß Frankreich mit allen Staaten für die Festigung des Friedens arbeiten werde durch Schaffung einer wahren europäischen Einigung.

Grandi (Italien) nahm für die italienische Delegation unter Anschluß an Flandins Worte mit großer Befriedigung die Erklärung zur Kenntnis. Sie würde ein glückhaftes Echo in allen europäischen Ländern haben. Ebenso betonte Krosta für die Tschechoslowakei seine Befriedigung über diese Entscheidung, die Europas Befriedigung fördern werde. Lord Cecil beschränkte sich auf eine Begrüßung der versöhnlichen Worte, die Schober und Curtius gefunden hätten und fügte dem eine Aufforderung zur Zusammenarbeit hinzu. Litwinow, der wieder das kapitalistische und das sowjetistische Wirtschaftssystem nebeneinander stellte, begründete ausführlich seine Vorbehalte zu dem Wirtschaftsbericht. Scharf polemisch gegen Deutschland bezeichnete er die Präferenz als einen Angriffspakt gegen Sowjetrußland. Die ständige Herumreichung seines Nichtangriffspakt-Vorschlages von Komitee zu Komitee ironisierte er und wollte die Prüfung in einem kleinen Ausschuß noch in dieser Woche vollzogen wissen.

Damit war die Generaldebatte erschöpft. Der Bericht des Koordinationskomitees zur Unterbreitung an die Völkerbundsversammlung wurde angenommen.

Richterbeeinflussung im Stinnesprozeß?

Aufsehenerregende Behauptungen über die Verteidiger

SPD. Berlin, 4. September.

An zwei Berliner Landgerichten wird ein Zivilprozeß geführt, der im engsten Zusammenhang mit dem großen Kriegsanleihe-Betrugs-Prozeß gegen Hugo Stinnes jun. steht. Die Frau eines Berliner Rechtsanwalts klagt gegen Hugo Stinnes jun. und die Rechtsanwälte Max Alsberg und Kurt Gollnick auf Zahlung von 17 000 ℳ. Ihre Behauptung geht dahin, daß sie

während der Dauer des großen Stinnes-Prozesses als Frau eines Gerichtsassessors beim Schöffengericht Berlin-Mitte eine Reihe von gesellschaftlichen Zusammenkünften arrangiert habe, um die Mitglieder des Gerichts mit den Rechtsanwälten des Herrn Stinnes zusammenzubringen.

Es sei vereinbart worden, daß sie für ihre Bemühungen ein Honorar von 32 000 ℳ erhalten solle, mit dessen Hilfe ihrem Gatten eine Rechtsanwaltkanzlei eingerichtet werden sollte. Nach dem Freispruch von Hugo Stinnes habe sie 15 000 ℳ erhalten. Sie klagt nun auf Zahlung der restlichen 17 000 ℳ.

Am 28. August fand Termin vor dem Landgericht II statt. Der Zivilrichter wies die Klage gegen Dr. Alsberg ab, weil

das zugrunde liegende Geschäft den guten Sitten widerspreche;

die Klage gegen Gollnick wird am 9. September vor dem Landgericht III nochmals zur Verhandlung kommen.

Die Klägerin behauptet also nicht mehr und nicht weniger, als daß die Rechtsanwälte Alsberg und Gollnick es auf eine strafbare Beeinflussung des Gerichts abgesehen hatten. Es ist bisher nichts davon bekannt geworden, daß die Rechtsanwälte Alsberg und Gollnick gegen diese Behauptung auf dem Wege der Beleidigungsklage vorgegangen wären. Ebensowenig hat sich bisher die Staatsanwaltschaft mit der Angelegenheit befaßt. Es wird nötig sein, daß diese seltsame Affäre in vollster Oeffentlichkeit gerichtlich geklärt wird. Sollten die Behauptungen der Klägerin richtig sein, so würde es sich um einen Skandal in der Justiz von größtem Ausmaße handeln!

Der Verzicht

Die Außenminister Deutschlands und Oesterreichs haben am Donnerstag in Genf ihren Verzicht auf die Zollunion vorgetragen. Daß die Erklärung ihnen schwer geworden ist, dafür wird jedermann Verständnis haben. Aber nachdem die Unvermeidlichkeit des Rückzugs erkannt war, warum hat man dann noch allerlei Sperenzien gemacht? Das ganze Unternehmen war von vornherein verfehlt, es mußte zu einer schweren Niederlage führen. Verantwortlich dafür sind nicht nur Curtius und Schober, verantwortlich sind in gleichem Maße die obersten Leiter der Regierungen Deutschlands und Oesterreichs. Wie es für Schober keine Entschuldigung ist, daß Seipel seine Kreise störte, so können Curtius und Brüning sich nicht salvieren mit dem Hinweis, daß die „nationale Opposition" sie vorangetrieben habe. Das ist eben der Fehler, daß man mit der Rücksichtnahme auf innenpolitische Strömungen sich die Außenpolitik verderben läßt. Uebrigens war wie in Oesterreich so in Deutschland, und in Deutschland sogar noch schlimmer, die Erforschung des Volkswillens gar nicht recht versucht worden; in Oesterreich hat man erst in der letzten Stunde, als es bereits zu spät war, den Parlamentsausschuß gefragt, und in Deutschland ist nicht einmal das geschehen. Der Reichstag wurde der vollendeten Tatsache gegenübergestellt.

Eine solche Eigenmächtigkeit hätte nur ein voller Erfolg rechtfertigen können; aber ein voller Mißerfolg kam heraus. Allerdings kann Curtius jetzt sagen, im Europa-Ausschuß seien gewisse Wandlungen eingetreten; er hat ja auch ausdrücklich hervorgehoben, der Europa-Ausschuß billige das sogenannte Präferenzsystem; er lasse nämlich zu, daß innerhalb des Rahmens der üblichen Handelspolitik Sonderabmachungen, die wirtschaftlichen Notständen begegnen sollen, zulässig sind. Auch auf den französischen Plan der Schaffung von Finanzorganisationen zur Hilfeleistung an notleidende Industriegebiete hat Curtius Bezug genommen. Er sagt jetzt, alles das liege auf der Linie des Zollunionsplans; der Zollunionsplan habe keine Abkapselung Mitteleuropas bezweckt, sondern er habe die Ueberleitung zu einer allgemeinen Union darstellen sollen. Mancher wird dazu sagen, eine gute Ausrede sei drei Batzen wert. Und jedenfalls haben Curtius und Schober das Gesicht so gut gewahrt, wie es in dieser vollständig verfahrenen Situation überhaupt nur möglich war.

Als Tatsache bleibt jedoch bestehen, daß Frankreich seinen Willen durchsetzte, und seine wirksame Waffe war sein Goldschatz. Ein bißchen Weitblick hätte das Ergebnis erkennen müssen; schließlich mußte doch auch der Reichsregierung die Höhe der kurzfristigen Verschuldung Deutschlands bekannt sein, und sie mußte wissen, daß diese Verschuldung Deutschland außerordentlich empfindlich mache. Aber man sah zu, wie Frankreich dem armen Oesterreich finanziell zusetzte; man hielt, als die englische Bank mit einem mäßigen Kredit an Oesterreich zunächst die äußerste Gefahr abbog, sich für geborgen. Und es brach doch das größte österreichische Kreditinstitut zusammen, es machte weiter Frankreich sich Ungarn gefügig; und dann kam auch für England die schwere finanzielle Situation. Seiner Vasallen, Polens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Rumäniens war Frankreich von vornherein sicher; inzwischen ist seine Macht noch beträchtlich gewachsen. Frankreich herrscht. Frankreich wahrt seinen Goldschatz. Die englischen Schatzscheine hat die Bank von Frankreich nicht in seinen Tresors behalten, sondern sofort wieder mit vollem Erfolg ins Publikum gegeben. Nicht nur ungeschwächt, sondern verstärkt ist Frankreichs Goldrüstung.

Das alles war vorauszusehen, und darum war es höchst töricht, daß mit dem Zollunionsplan Frankreich vor den Kopf gestoßen wurde. Was nützt es Deutschland, daß das Haager Gericht ihm seine juristische Sauberkeit in betreff der Verträge bestätigt hat; und zu was soll es führen, wenn jetzt noch ein schielender Blick auf die Möglichkeit geworfen wird, daß Oesterreich ja doch einmal, in Gott weiß wie ferner Zeit, durch Rückzahlung der Völkerbundsanleihe von dem Genfer Protokoll 1922 loskommen werde. Die Hoffnung ist doch gerechtfertigt, daß bis dahin die Welt sich verändert haben wird. Verständigerweise haben Curtius und Schober am Donnerstag in Genf nicht mehr von bloß vorläufigem Verzicht geredet. Sie haben in ihren letzten Erklärungen nichts verdorben; und da vermutlich diese Erklärungen im voraus im Einverständnis mit Frankreich erfolgten, so darf man annehmen, daß die Vorgänge in Genf eine endgültige Verständigung Deutschlands und Frankreichs bei dem bevorstehenden Besuch Lavals und Briands in Berlin vorbereiten. Auf diese Verständigung kommt es an. Laßt die Ideen von einer mitteleuropäischen Vereinigung fahren und stellt euch entschlossen auf den Boden europäischer Zusammenarbeit. Der Zollunionsplan hat Deutschland und Oesterreich schwer geschädigt; aber der Schaden kann zum Nutzen werden, wenn man daraus lernt.

Aus dem Inhalt

Politik und allgemeiner Teil:
Nazi-Rückkehr in den Reichstag.
Förmlicher Verzicht auf Zollunion.
Richterbeeinflussung im Stinnes-Prozeß?
Friedensruf der Gewerkschaften.
Schwarzer Tag an der Börse.
Sozialversicherung in Gefahr.

gesbericht:
Deutschnationale Kandidatenliste.
Höhere Beamte der Reichsbahn suchen Arbeit.
Neuregelung der Magistratswahlen in Schleswig-Holstein.

unst und Wissenschaft:
Ludwig Thomas „Moral" im Deutschen Schauspielhaus.

lleton:
Himalaya-Expedition.

Arbeitersportrundschau.